



## Antrag

Fraktion AfD

### **EU-Aufbauplan stoppen - Schulden- und Transferunion verhindern**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf die Bundesregierung einzuwirken, den aktuell vorliegenden Kompromissvorschlag des Europäischen Rats zum sogenannten EU-Aufbauplan, insbesondere des darin enthaltenen Aufbauinstruments, aufzukündigen und der Vergemeinschaftung von Schulden, der Erhöhung der Eigenmittelobergrenze, der Ermächtigung der EU-Kommission zur Schuldenaufnahme und zur Erhebung neuer Eigenmittel auf EU-Ebene eine klare Absage zu erteilen.

### **Begründung**

Am 21. Juli 2020 beschlossen die 27 Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rats unter Führung von Dr. Angela Merkel ein als EU-Aufbauplan bezeichnetes Finanzierungspaket mit einem Volumen i. H. v. 1,824 Billionen Euro.

Laut der Zielstellung des Europäischen Rats erfordere dieser sogenannte Aufbauplan „massive öffentliche und private Investitionen auf europäischer Ebene, um die Union auf den Weg zu nachhaltiger und robuster Erholung zu bringen, Arbeitsplätze zu schaffen, die durch die COVID-19-Pandemie verursachten unmittelbaren Schäden zu beheben und gleichzeitig die Prioritäten der Union im Hinblick auf die grüne und digitale Wende voranzubringen“ (siehe Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 17. bis 21. Juli 2020).

Der EU-Aufbauplan beinhaltet und verknüpft den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Förderperiode 2021 bis 2027 im Umfang von 1,074 Billionen Euro mit einem neuen Finanzierungsinstrument, dem sogenannten „Next Generation EU“ (NGEU)/Aufbauinstrument mit einem Umfang von 750 Milliarden Euro, von denen 390 Milliarden Euro als nichtrückzahlbare Zuschüsse und 360 Milliarden Euro in Form von Hilfskrediten bereitgestellt werden sollen. Wesentlicher Bestandteil des Aufbauinstruments ist das Programm „Aufbau- und Resilienzfazilität“, auf welches mit

(Ausgegeben am 02.09.2020)

672,5 Milliarden Euro knapp 90 Prozent des Gesamtvolumens entfallen und das letztlich auf eine direkte Finanzierung der Haushalte der EU-Mitgliedstaaten abzielt.

Wie wenig dieser EU-Aufbauplan und insbesondere das neue Aufbauinstrument mit der Schadensbewältigung der völlig unverhältnismäßigen Lockdown-Maßnahmen zu tun haben, zeigt sich schon allein daran, dass 70 Prozent der Gelder des Programms „Aufbau- und Resilienzfazilität“ anhand der Faktoren Einwohnerzahl, Wirtschaftskraft und durchschnittlicher Arbeitslosenquote der Jahre 2015 bis 2019 verteilt werden sollen, und sich somit auf Zeiträume vor der Pandemie beziehen. Die größten Profiteure der Umverteilung sind demnach Spanien, Italien und Frankreich.

Zwar ist angestrebt, dass es sich beim Aufbauinstrument um eine einmalige Maßnahme handeln soll, doch die Erfahrungen der Euro-Rettungspolitik zeigen, mit welcher Selbstverständlichkeit einmalige Hilfsaktionen zu dauerhaften Instrumenten werden.

Zur Mittelbeschaffung soll die Kommission ermächtigt werden, „im Namen der Union Mittel an den Kapitalmärkten aufzunehmen“. Die Rückzahlung der Mittel soll aus erhöhten Mitgliedsbeiträgen erfolgen, wodurch sich der Mitgliedsbeitrag Deutschlands um jährlich rund 10 Milliarden Euro erhöhen würde. Das kommt einer Vergemeinschaftung von Schulden gleich. Des Weiteren ist beabsichtigt, auf EU-Ebene neue Eigenmittelquellen einzuführen. In letzter Konsequenz sollen somit Teile der legislativen Budgethoheit der demokratischen Kontrolle entzogen und an eine ausländische, nichtstaatliche Organisation übertragen werden.

Die AfD-Fraktion wendet sich entschieden gegen die Finanzierung der Haushaltslöcher überschuldeter EU-Mitgliedstaaten durch Transferzahlungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Nach einer Berechnung der EZB liegt das Median-Vermögen deutscher Haushalte deutlich unterhalb der Vermögen französischer, italienischer und spanischer Haushalte. Vor diesem Hintergrund ist die Umverteilung deutscher Steuergelder in andere EU-Mitgliedstaaten nicht zumutbar - zumal das Renteneintrittsalter als auch die Steuerbelastungen der größten Profiteure des EU-Aufbauplans deutlich unterhalb der deutschen Vergleichswerte liegen.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitzender